

Ingeborg Gotthold am 10. Februar 2020



Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste!

Als Vorsitzende des Arbeitskreises Wohnen des ver.di-Bezirksseniorenausschusses begrüße ich Euch herzlich zu unserer 4. Podiumsdiskussion zum Thema:

Wohnungspolitik ist Teil der Daseinsvorsorge.

Liebe Gäste!

Wiederholt wollen wir wissen, wie zufrieden sind Sie mit dem was Sie erreicht haben, z.B. ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Das ist auch schon immer eines unserer Anliegen gewesen. Und die Mieten!

Die Entwicklung des ungebremsten Mietenanstiegs konnte ja so nicht weiter gehen und 10 Tausende Bürgerinnen und Bürger waren auf der Straße um das deutlich zu machen.

Seit dem 30. Januar haben wir nun ein Gesetz: das **Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin**. Kurzum gesagt: den Mietendeckel. Das hätte keiner geglaubt, dass wir das für Berlin hinbekommen. Sieben von zehn Befragten (71 Prozent) finden das Vorgehen der rot-rot-grünen Koalition in Berlin eher gut, laut einer repräsentativen Umfrage von infratest dimap. Auch wir begrüßen dieses Gesetz. Danke an die Koalitionsparteien.

- Gut, weil der Wahnsinn des zügellosen Mietenanstiegs für 5 Jahre gestoppt ist und es in dieser Zeit nur klar geregelte Mieterhöhungen geben wird.
- Gut, insbesondere für die Menschen, die einen Großteil ihres Haushaltseinkommens für die Miete aufbringen müssen und bei jeder Erhöhung mehr Angst bekamen, wie es weiter geht.
- Gut für jene, die auf der Suche nach einer Wohnung sind und jetzt wissen, wie hoch die Miete sein darf.
- Gut für jene, die sich vor überhöhten Modernisierungsumlagen gefürchtet haben.
- Und gut für die, die auf die Straße gegangen sind und für bezahlbare Wohnungen für alle, für ein lebenswertes Berlin, für soziale Gerechtigkeit und gegen Profitmacherei protestiert haben.

Herr Förster, Herr Gräff, wie erklären Sie es den Menschen, dass Sie so massiv gegen das Gesetz sind?

»Es gibt nur eine Antwort auf dieses Gesetz: die Normenkontrollklage zum Wohle unserer Stadt«, sagte Sebastian Czaja, FDP Vorsitzender in Berlin.

Und starke Geschütze haben Sie aufgefahren, bis dahin, dass sie die Bauarbeiter auf die Straße gebracht haben, um gegen den Mietendeckel zu protestieren. Einen Tag frei haben sie dafür bekommen.

Liebe Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Natürlich muss mehr gebaut werden. Da sind wir uns sicher alle einig. Bauen ja, aber auch nicht um jeden Preis und nicht für diejenigen, die sich jede Wohnung leisten können. Oder diejenigen, die ihr Geld in Immobilien anlegen und die Wohnungen gar nicht nutzen.

Die soziale Durchmischung in ganz Berlin **muss erhalten** werden, soweit das noch geht.

Die Wohnung darf nicht zur Ware werden.

Sie ist unsere dritte Haut – hat Hundertwasser mal gesagt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste!

Wir, als Seniorinnen und Senioren, werden sicher nur, wenn es gar nicht anders geht, unsere jetzige Wohnung aufgeben. Denn, alternative Wohnmodelle gibt es zu wenige oder gar keine. Barrierefreie und barrierearme Wohnungen fehlen auch. Die Umzugskonzepte von einer großen in eine kleine Wohnung finden nur gering Anwendung. Wirksame Anreize fehlen. Und natürlich ist die Miete ein wichtiger Punkt für uns.

Was uns auch bewegt sind viele Eigenbedarfskündigungen die von den Gerichten wohlwollend für den Eigentümer entschieden werden. Zwangsräumungen- wie viele es sind, weiß man nicht wirklich. Denn viele gehen erst gar nicht zum Gericht oder melden sich bei den Beratungsstellen zu spät.

Fragen wir doch mal, wie geht es jetzt weiter von Seiten der Politik? Was steht auf der Tagesordnung von rot-rot-grün? Welche Vorstellungen haben CDU und FDP, um den angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten, wenn sie denn bei Gericht erreichen, dass der Mietendeckel gesetzeswidrig ist?

Wir als Bürgerinnen und Bürger werden am 28. März 2020 erneut deutlich machen, dass die Anstrengungen noch nicht ausreichen. Wir gehen auf die Straße, gemeinsam und viele.

Wir wissen:

Allen Recht getan ist eine Kunst die keiner kann.
Aber etwas gerechter ist wünschenswert und auch machbar.
Wir wollen keine Verhältnisse wie in London oder Paris